

Mehr direkte Demokratie für Europa?

Nach seiner Wiederwahl am 23. Mai diesen Jahres sprach sich Bundespräsident Horst Köhler für eine Stärkung der direkten Demokratie in Deutschland aus, denn darin läge das Potential, die Distanz zwischen der Politik und den Bürgern zu reduzieren. Als mögliche Maßnahmen nannte er eine künftige Direktwahl des Staatsoberhauptes, Volksinitiativen auf Bundesebene oder Mitspracherechte der Bürger bei Verfassungsänderungen.

Sind also Volksentscheide zu rechtfertigen, wenn zu vermuten ist, dass die Präferenzen staatlicher Entscheidungsträger von den Wünschen der Bürger abweichen?

dums zum Vertrag von Lissabon hatten sich daher am 8. Mai 2009 renommierte nationale und internationale Wirtschaftswissenschaftler, Politikwissenschaftler und Rechtswissenschaftler auf Einladung des **cege** zusammen gefunden, um die gegensätzlichen und sich ergänzenden Positionen zur Beurteilung der Rolle von Referenden im europäischen Integrationsprozess interdisziplinär zu diskutieren.

Neben grundsätzlicher – und auch kontroverser – Diskussion um die Vor- und Nachteile der direkten Demokratie und ihrer rechtlichen Umsetzung in Deutschland ging es



Solche Überlegungen spielen ganz konkret auch im Zusammenhang mit europäischen Entscheidungsprozessen eine Rolle. Könnten z.B. verpflichtende Referenden bei bestimmten weitreichenden europäischen Entscheidungen deren demokratische Legitimation erhöhen und die Schaffung eines europäischen Gemeinschaftssinns verbessern? Oder besteht das Risiko einer verstärkten Manipulation von Entscheidungen oder gar die Gefahr der Unterstützung traditioneller EU-Skeptiker?

Die verfassungsrechtlichen Grundlagen zur Durchführung von Referenden speziell zu EU-Fragen differieren zwischen den Mitgliedsländern der Gemeinschaft sehr stark. Die Rolle von Volksabstimmungen in den politischen Entscheidungsprozessen und damit auch die Möglichkeit der strategischen Nutzung und Gestaltung von Referenden variieren daher ebenfalls stark. Insgesamt zeigt sich, dass das Spektrum der Argumente um die Beurteilung von Referenden im europäischen Entscheidungsprozess sehr breit ist. Verfassungsrechtliche, politökonomische und institutionelle Aspekte greifen ineinander. Vor dem Hintergrund des zu erwartenden zweiten irischen Referen-

u.a. auch um die Frage, ob diese den europäischen Integrationsprozess verlangsamt oder sogar voranbringt und welche Faktoren die Zustimmungquote bei integrationsrelevanten Volksabstimmungen beeinflussen. Desweiteren ging es um die Frage des strategischen Verhaltens bei der Wahl des Ratifikationsweges bei EU-Vertragsreformen. Schließlich wurde auch die Institutionalisierung der direkten Demokratie im Rahmen eines Entwurfs einer künftigen europäischen Verfassung vorgestellt und diskutiert.

Die ganztägige Veranstaltung unter Leitung von Renate Ohr, **cege**, fand großes Interesse bei Wissenschaftlern der verschiedenen Disziplinen. Anregende und weiterführende Diskussionen fanden nicht nur zwischen den Referenten, sondern auch mit dem Auditorium statt.

Einige der Vorträge sind mittlerweile als **cege**-Diskussionspapier (Nr. 82, 83, 85) auf unserer Homepage (<http://www.uni-goettingen.de/de/60920.html>) erschienen, weitere werden folgen.

Prof. Dr. Renate Ohr, **cege**

Mehr direkte Demokratie für Europa?	S. 1
Zur Diskussion: Exportweltmeister Deutschland in der Sackgasse?	S. 2
Zur Diskussion: Quo Vadis Geldpolitik?	S. 3
cege -Aktuell	S. 4

Exportweltmeister Deutschland in der Sackgasse?



Mit dem für dieses Jahr prognostizierten negativen Wachstum von über -6% ist Deutschland deutlich stärker von der weltweiten Wirtschaftskrise betroffen als die meisten anderen Industrieländer – mit Ausnahme Japans. Ein wesentlicher Grund dafür ist der massive Exporteinbruch. Die Ausfuhren Deutschlands hatten im letzten Jahrzehnt kontinuierlich zugenommen, mit der Konsequenz,

dass Deutschland nun den Titel eines „Exportweltmeisters“ führt. Bei einer derzeitigen Exportquote (für Waren und Dienstleistungen) von 47% des BIP ist Deutschland nun aber auch besonders stark von globalen Entwicklungen abhängig. War diese starke Exportorientierung daher der falsche Weg? Haben wir – wie Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut verkündet – tatsächlich das „falsche Geschäftsmodell“?

Vieles spricht dagegen: Unsere positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre ist nahezu ausschließlich vom Export getrieben worden. Trotz eines steigenden Anteils der importierten Vorleistungen an der Wertschöpfung der Ausfuhren (laut Sinn: „Basar-Ökonomie“) tragen diese nachhaltig in hohem und wachsendem Maße zu unserer Wertschöpfung bei. Dabei ist der deutsche Export allerdings relativ stark konjunkturabhängig, das heißt die Exportnachfrage ist in vielen Bereichen sehr einkommenselastisch (z.B. im Maschinenbau). Die Preisabhängigkeit ist dagegen eher unterdurchschnittlich. Dies hat den Vorteil, dass bei weltweitem Wirtschaftswachstum der Export überproportional wächst! Die letzten Jahrzehnte waren nahezu ununterbrochen durch globales Wirtschaftswachstum geprägt. Bei einkommenselastischer Exportnachfrage ergibt sich daraus eine außerordentlich solide und nachhaltige Wachstumskomponente, die die Wachstumsrate unserer Binnennachfrage übersteigt. Auf eine solche Wachstumskomponente zu verzichten, wäre falsch.

In der Regel haben wir darüber hinaus keinen weltweit synchronen Konjunkturverlauf. Die Folge ist, dass eine exportorientierte Volkswirtschaft, die vor allem einkommenselastische Güter anbietet, über die Breite ihrer Absatzgebiete die Gefahr starker Konjunktüreinbrüche reduzieren kann. Selbst wenn die Binnenkonjunktur schwächelt, wird es an anderen Stellen der Welt einen günstigeren Konjunkturverlauf geben, so dass die Gesamtnachfrage stabilisiert wird. Aus diesem Grund war der Export auch jahrelang der einzige nachhaltige Wachstumsmotor Deutschlands. Ohne diese Exportorientierung stünde unsere Volkswirtschaft deutlich schlechter da – und dies betrifft auch die Arbeitsplätze!

In der deutschen Wirtschaft gibt es zudem gerade im mittelständischen Bereich außerordentlich erfolgreiche Unternehmen, die zum Teil bei Spezialprodukten Weltmarkt-

führer sind. Dies haben sie nicht mit Billiglöhnen erreicht, sondern mit innovativen und technologisch hochwertigen Produkten. Gerade der Mittelstand stellt dabei viele Arbeitsplätze zur Verfügung, die verloren gingen, wenn man nicht mehr auf globale Absatzmärkte setzen könnte. Eine Steigerung der Binnennachfrage wäre hierfür kein Ersatz.

Sinns Vorschlag, Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor auszubauen, indem man wieder auf arbeitsintensivere Produktionen setzt und versucht, damit den Import lohnkostenintensiver Güter zu ersetzen, widerspricht den Kenntnissen über die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung: Außenhandel ermöglicht sog. Handels- und Spezialisierungsgewinne, die sich aus der Nutzung komparativer Vorteile ergeben. Sollen wir unsere komparativen Vorteile, die sich in unseren hohen Exporterlösen spiegeln, aufgeben, um mit Niedriglöhnen Importsubstitution zu betreiben, die zu einer Spezialisierung auf Güter führt, bei denen wir komparative Nachteile haben? Die Folge wären ein geringeres Sozialprodukt und damit auch eine geringere Verteilungsmasse!

Natürlich ist die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit bei gering qualifizierten Arbeitskräften ein wichtiges Ziel. Die Notwendigkeit einer hinreichenden Arbeitsmarktflexibilität inklusive einer stärkeren Lohnspreizung im unteren Lohnsegment ist daher sicherlich unbestritten. Volkswirtschaftlich ineffizient ist es jedoch, Produktionssegmente für relativ unproduktive und gering qualifizierte Arbeitskräfte wieder auszubauen und eine Spezialisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit in solchen Produktionssegmenten anzustreben. Effizienter ist es, auf hochproduktive Sektoren zu setzen, die entsprechend große positive externe Effekte auch auf andere volkswirtschaftliche Bereiche ausüben und damit eine hohe Wertschöpfung ermöglichen. Hierdurch entsteht wiederum ein Umverteilungsspielraum, der letztlich auch für eine qualitative Förderung schlecht ausgebildeter Arbeitskräfte genutzt werden kann.

Es ist somit nicht gleichgültig, was produziert wird. Manche Güter haben mehr positive externe Effekte auf die restliche Wirtschaft als andere. Solche externen Effekte wie Vorwärts- und Rückwärtsverketten, Investitionen in das Humankapital und in Forschung und Entwicklung oder die Verbreitung technologischer Innovationen entstehen aber eben seltener in der importabhängigen Textilbranche als in den exportorientierten Sektoren des Maschinenbaus, der Elektronik oder der Chemie.

Ein Rückzug aus unserem „Geschäftsmodell“ der etablierten Exportindustrien hin zu mehr Importsubstitution wäre daher fatal. Der Vorteil unserer – einkommenselastischen – Exporte ist ja gerade, dass wir nicht um jeden Preis versuchen müssen, mit Billiglohnländern zu konkurrieren! Der aktuelle Export- und Wachstumseinbruch Deutschlands ist zwar die Kehrseite der Medaille eines Exportweltmeisters, aber keine Sackgasse. Die derzeitige globale Krise ist eine Ausnahmesituation, die weder typisch ist noch dauerhaft sein wird, und daher nicht zum Anlass genommen werden sollte, bisher erfolgreichste Exportstrukturen in Frage zu stellen.

Prof. Dr. Renate Ohr, *cege*

Quo Vadis Geldpolitik?

Mit der aktuellen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Geldpolitik wieder in den Fokus wirtschaftspolitischer Diskussionen gerückt. Nach den Erfahrungen aus der Großen Depression Ende der 20er Jahre sollte von Anfang an ein Kollaps der Finanzmärkte mittels einer expansiven und primär Liquidität zuführenden Geldpolitik verhindert werden. Seither hat die Diskussion darüber, inwieweit die Geldpolitik geeignet ist, zur Stabilisierung beizutragen, neue Nahrung erhalten. Insbesondere in den USA wird kontrovers darüber diskutiert, ob die expansive Strategie der Fed ursachengerecht ist, oder nicht hier das Fundament für eine weitere Krise gelegt wird.

Die Seite der Kritiker wird angeführt von *John B. Taylor*. Er sieht insbesondere in der stark expansiven Geldpolitik der Fed in den vergangenen Jahren den Hauptauslöser für das Zusammenbrechen des US-amerikanischen Häusermarktes mit den bekannten Folgewirkungen. „*No Boom, no bust*“, so lautet das Ergebnis seiner Analyse. Als Ursachen für die sich daran anschließende Bankenkrise kommen zwei Möglichkeiten in Betracht: Zum einen kann es sich um eine akute Liquiditätskrise handeln, die durch Bank runs ausgelöst wird, zum anderen kann ein dramatisch ansteigendes Ausfallrisiko auf dem Kreditmarkt, begleitet von einem kollabierenden Interbankenmarkt, als mögliche Krisenursache ausgemacht werden. Während die Liquiditätskrise vor allem in der Großen Depression als der Hauptauslöser angesehen werden kann, ist die aktuelle Krise hauptsächlich durch das drastisch gestiegene Ausfallrisiko einhergehend mit einem gravierenden Vertrauensschwund, v. a. im Interbankenhandel, gekennzeichnet. *Taylor* sieht insbesondere in dem dramatischen Anstieg des Zinsspreads zwischen LIBOR und dem Reprosatz der Fed einen wesentlichen Beleg für die Dominanz des Ausfallrisikos, weshalb – so *Taylor* – eine aggressive Geldpolitik gar nichts zu bewirken vermag. Vielmehr müssen Maßnahmen ergriffen werden, die das Vertrauen insbesondere zwischen den Banken wieder stärken.

Auf der anderen Seite argumentiert vor allem *Frederic S. Mishkin*, dass die derzeitige expansive Geldpolitik der Fed alternativlos sei. Er verweist darauf, dass trotz der erheblichen Zinssenkungen die Finanzierungskosten aufgrund der Risikoaufschläge dramatisch gestiegen sind. *Mishkin* teilt die Argumentation von *Taylor* insoweit, als in der Tat die gestiegenen Zinsspreads Ausdruck für das höhere Ausfallrisiko seien und dieses durch eine expansive Geldpolitik kaum reduziert werden könne. Jedoch solle man nicht nur das Ausfallrisiko berücksichtigen, sondern vielmehr komme es v. a. auf das makroökonomische Risiko an. Damit ist gemeint, dass in Phasen rezessiver Wirtschaftsentwicklung die am Markt bestehende Unsicherheit zwischen den Akteuren wächst. Je stärker sie ist, desto größer wird wiederum das Bewertungsrisiko, wodurch sich auch indirekte Wirkungen auf das Ausfallrisiko ergeben. Da die aktuelle geldpolitische Strategie der Fed dieses makroökonomische Risiko effektiv senkt, sei diese Art der Geldpolitik ohne Alternative. Wichtig sei nur, dass die Glaubwürdigkeit der Zentralbank nicht beschädigt wird, um die zukünftigen Inflationserwartungen möglichst gering zu halten. Die

beiden vorgetragenen Argumentationslinien zeigen sehr deutlich, dass in der Zukunft der Ökonomen keineswegs Einigkeit über die optimale geldpolitische Strategie in der aktuellen Situation besteht. Auf beiden Seiten finden sich gute und theoretisch stichhaltige Argumente, so dass sich die Frage nach der empirischen Evidenz über die Wirkung Liquidität zuführender Geldpolitik bei Banken- und Finanzkrisen stellt. Der Einwand, dass es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine Krise ungeahnter Dimensionen handelt, ist zwar richtig, darf jedoch nicht als Argument dafür angesehen werden, empirische Erkenntnisse zu vernachlässigen.

Obwohl diese bezüglich der Wirksamkeit Liquidität zuführender Geldpolitik bei Vorliegen von Bankenkrisen nicht einheitlich sind, so lassen sich doch einige allgemeine Ergebnisse ableiten: Eine positive Wirkung der Liquiditätsausweitung konnte bisher in keiner empirischen Studie nachgewiesen werden. Eine Reihe von Studien zeigt sogar, dass eine weniger erfolgreiche Krisenbekämpfung – im Vergleich zu einer erfolgreichen Krisenbewältigung – oft durch höhere Liquiditätsunterstützung gekennzeichnet ist. Insofern bleiben Zweifel an der empirischen Relevanz der Argumentation *Mishkins*.

Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass nun, im Unterschied zu den vergangenen Krisen, die Zentralbanken im Rahmen der aktuellen Krise ihr Verhalten verändert haben. So erfolgte die Liquiditätsvergabe nicht mehr selektiv an einzelne Geschäftsbanken, sondern die liquiden Mittel wurden sowohl in den USA als auch in Europa allen Geschäftsbanken in gleicher Weise angeboten. Gleichfalls forderten sowohl die Fed als auch die EZB, im Gegensatz zu vergangenen Krisen, von den Geschäftsbanken die Hinterlegung von Sicherheiten, auch wenn der Umfang der akzeptierten Sicherheiten erweitert wurde. Möglicherweise sind hiermit wichtige Fehlerquellen, die zu der empirischen belegten Ineffektivität Liquidität zuführender Geldpolitik geführt haben, ausgeschaltet worden.

Jedoch ist zu erwarten, dass die Bewältigung der Krise v. a. von einer erfolgreichen Restrukturierung des Bankenmarktes abhängen wird. Hier kann die Geldpolitik allenfalls flankierend wirken. Insofern wäre es ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, dass die Krise allein durch geldpolitischen Instrumenteneinsatz überwunden werden kann. Gefordert sind vielmehr intelligente Ansätze zur Lösung des Regulierungsproblems, wobei es nicht darum gehen kann, mehr, sondern anreizkompatiblere Regulierungen zu finden. Ex-post wird man dann feststellen, inwieweit die Liquidität zuführende Geldpolitik dazu eine effektive Unterstützung leisten konnte.



Prof. Dr. André Schmidt

Prof. Dr. André Schmidt, Universität Witten/Herdecke

Neuwahl des Vorstands und des geschäftsführenden Direktors im cege

Prof. Dr. Axel Dreher wurde am 27. Mai 2009 als neuer geschäftsführender Direktor des **cege** gewählt. In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine Neuwahl des Vorstands, mit Prof. Dr. Kilian Bizer, Prof. Dr. Axel Dreher, Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll und Sascha Wolff.

Der neue geschäftsführende Direktor möchte auf diesem Wege auch im Namen des Vorstands der bisherigen Direktorin, Frau Prof. Dr. Renate Ohr, für ihr herausragendes Engagement danken.

cege-Diskussionspapiere

Auf der **cege**-Homepage stehen neue **cege**-Diskussionspapiere als Download zur Verfügung.

- Beitrag 79: **Oelgemoeller, Jens / Westermeier, Andreas:** „RCAs within Western Europe“.
- Beitrag 80: **Erdogan, Burcu:** „How does European Integration affect the European Stock Markets?“.
- Beitrag 81: **Williamson, Jeffrey, G.:** „History without Evidence: Latin America inequality since 1491“.
- Beitrag 82: **Vaubel, Roland:** „Nie sollst Du mich befragen? Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen – auch in der Europapolitik – möglich sein sollten“.
- Beitrag 83: **Schneider, Friedrich:** „Is a federal European Constitution for an enlarged European Union necessary? Some preliminary suggestions using public choice analysis“.
- Beitrag 84: **El-Shagi, Makram:** „The impact of fixed exchange rates on fiscal discipline“.
- Beitrag 85: **Heinig, Hans Michael:** „Sind Referenden eine Antwort auf das Demokratiedilemma der EU?“.
- Beitrag 86: **Marchesi, Silvia / Sabani, Laura / Dreher, Axel:** „Read my lips: the role of information transmission in multilateral reform design“.

Vortrag am cege: Warum sind Entwicklungsländer ärmer als Industrienationen?

Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des Ibero-Amerika Instituts für Wirtschaftsforschung und des **cege** hielt **Jeffrey G. Williamson**, Professor der Harvard Universität, am 14. Mai 2009 einen Vortrag zum Thema: „Trade and Poverty: How the Third World Fell Behind“.

Williamson ging der viel diskutierten Frage nach, warum Entwicklungsländer so arm und Industrieländer so reich sind. In der Fachliteratur werden in der Regel drei prominente Antworten auf diese Frage gegeben: die eine bezieht sich auf kulturelle Unterschiede, die zweite auf geographische und die dritte auf institutionelle. Williamson erläuterte jedoch, dass sich diese erklärenden Größen über die Zeit nicht stark änderten, wohingegen sich die Lücke zwischen den armen und den reichen Ländern insbesondere während einer bestimmten Periode, nämlich zwischen 1800

und 1913, stark vergrößerte. Daher müsste es noch eine andere Begründung für die globale Ungleichheit geben. Diese ist, so Williamson, in verschiedenen Phasen der Globalisierung zu finden: So war die Welt vor 1800 wirtschaftlich verschlossen, von 1800 bis 1913 jedoch globalisierungsfreundlich und zwischen 1913 und 1950 wieder protektionistisch, bevor sie sich erneut dem Handel öffnete.

Um seine Argumentation zu untermauern, führte Williamson anhand empirischer Analysen vier Fakten auf. Erstens stieg die Ungleichheit bezüglich des Pro-Kopf-Einkommens zwischen Nord und Süd in der relevanten Zeitspanne; zweitens kam es zu einer Deindustrialisierung der Peripherie; drittens verbesserten sich die terms of trade der Entwicklungsländer zunächst, brachen danach aber stark ein; viertens waren die terms of trade der Entwicklungsländer viel volatiler als die der Industriestaaten.

Diese Ergebnisse führten Williamson zu der Schlussfolgerung, dass die Globalisierung stark zu der weltweiten Divergenz während des 19. Jahrhunderts beitrug. Ferner hielt er fest, dass ein bedeutender Teil dieser Divergenz durch unterschiedliche Entwicklungen der terms of trade erklärt werde. Nichtsdestotrotz warnte Williamson davor, Parallelen zwischen den Ereignissen dieser ersten Phase der Globalisierung und der heutigen Zeit zu ziehen, da Entwicklungsländer heutzutage hauptsächlich arbeitsintensive Industriegüter anstatt Primärgüter exportierten.

Aktuelle Publikationen in referierten Journals

- **Dreher, A. / Lamla, M. / Lein, S. / Somogyi, F. (2009),** The impact of political leaders' profession and education on reforms, in: Journal of Comparative Economics 37, (1).
- **Dreher, A. / Koch, D.-J. / Thiele, R. / Nunnenkamp, P. (2009),** Keeping a Low Profile: What Determines the Allocation of Aid by Non-Governmental Organizations?, in: World Development 37, (5).
- **Dreher, A. / Vaubel, R. (2009),** Foreign Exchange Intervention and the Political Business Cycle: A Panel Data Analysis, in: Journal of International Money and Finance 28, (5).
- **Dreher, A. / Siemers, L.-H.R. (2009),** The Nexus Between Corruption and Capital Account Restrictions, in: Public Choice 140, (1-2).
- **Nowak-Lehman D., F. / Martínez-Zarzoso, I. / Klasen, S. / Herzer, D. (2009),** Aid and Trade - A Donor's Perspective, in: Journal of Development Studies 45, (7).

Gastwissenschaftler an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Gastwissenschaftler in diesem Sommersemester war Prof. Sunil Kanwar, PhD, Professor für Entwicklungsökonomik an der Delhi School of Economics. Neben der Forschungskooperation mit der Professur Klasen bot er zwei Lehrveranstaltungen an: eine Vorlesung zur Entwicklungsökonomik und ein Seminar mit dem Schwerpunkt Indien.

Impressum

Herausgeber: Centrum für Europa-, Governance- und Entwicklungsforschung (**cege**), Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, **E-Mail:** cege@uni-goettingen.de, **Tel.** 0551 / 39 70 91, **Fax** 0551 / 39 70 93, **Internet:** <http://www.cege.uni-goettingen.de>, **Geschäftsführender Direktor:** Prof. Dr. Axel Dreher, **Redaktion / Layout:** Prof. Dr. Renate Ohr, Susanne Lechner, **Druck:** GWDG, Göttingen